

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

Protokoll

18. Sitzung (nicht öffentlich)

7. Dezember 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Lindlar (CDU) (stellvertretend, nach Wahl)

Stenograf: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

1 Aufgabengrobanalyse

Erfassung der von der Landesregierung

wahrgenommenen Aufgaben

(vergleiche Arbeitsauftrag Ziffer 2 der Vorlage 11/2984)

1

LMR Vogt (Projektgruppe) gibt einen kurzen Überblick über den Stand des noch abzugebenden Zwischenberichts.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
18. Sitzung

07.12.1994
es-mj

Seite

2 Wachstumsbremsen in NRW beseitigen: Bürokratie abbauen 2

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6988

- zur Mitberatung -

hier: Schreiben des Chefs der Staatskanzlei (siehe Anlage)

Stellvertretender Vorsitzender Lindlar gibt einen Brief von Minister Clement (Staatskanzlei) zur Kenntnis.

3 Gesetz zur Änderung des Landesorganisationsgesetzes 3

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7715

Der Ausschuß beschließt bei Enthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/7715 einstimmig.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
18. Sitzung

07.12.1994
es-mj

Seite

4 "Verfalldatum" für Zuwendungen des Landes

3

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 11/6989

Vorlagen 11/3026, 11/3125, 11/3284 und 11/3503

Nach abschließender Beratung erklärt der Ausschuß den Antrag der CDU Drucksache 11/6989 einstimmig für erledigt.

Berichterstatter: Abgeordneter Britz (CDU)

5 Zuständigkeit für die Altenpolitik in den Kommunen in einer Hand - Verlagerung der Zuständigkeit für die "Hilfe zur Pflege" § 100 BSHG auf die Kommunen

6

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 11/7754

- zur Mitberatung -

Der Ausschuß kommt auf Vorschlag des stellvertretenden Vorsitzenden überein, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und auf Anregung des Abgeordneten Frechen (SPD) an den federführenden Ausschuß die Information zu übermitteln, daß der Ausschuß den Punkt vor dem Hintergrund der Diskussion um die Pflegeversicherung zurückstellt und einen Bericht der Landesregierung abwartet, aber grundsätzlich dazu neigt, Aufgaben des Ministeriums zu kommunalisieren, wovon sich der federführende Ausschuß in seiner Diskussion leiten lassen soll.

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
18. Sitzung

07.12.1994
es-mj

Seite

- 6 Für mehr Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung:
Wirkungsanalyse vor der Beschlußfassung über Gesetze** 8

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6159 (Neudruck)
Vorlagen 11/3020, 11/3130, 11/3137 und 11/3512

Da die Vorlage 11/3512 zunächst nur als Tischvorlage am Sitzungstag zur Verfügung gestellt worden ist, kommt der Ausschuß überein, den Punkt in der nächsten Sitzung am 11. Januar 1995 zu behandeln.

- 7 Verwaltungspolitisches Leitbild für die Modernisierung
der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen
- Ziele, Wege, Instrumente -** 10

Drucksachen 11/6974, 11/7608, 11/7662, 11/7668 und 11/7677
Vorlagen 11/3149 und 11/3320

Der Ausschuß stimmt dem Fragenkatalog und dem vorgetragenen Kreis der Sachverständigen einstimmig zu.

Nächste Sitzung: 11. Januar 1995

* * * * *

Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform
18. Sitzung

07.12.1994
es-mj

3 Gesetz zur Änderung des Landesorganisationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7715

StS Riotte (IM) entgegnet auf eine Frage der **Abgeordneten Dr. Grüber (GRÜNE)** nach den Gesprächen mit den Verbänden - siehe auch APr 11/1374, Seite 3 -, man habe Anregungen, mit welchen Verbänden noch zu sprechen sei von den Fraktionen abgewartet. Heute sei ihm eine Liste der Abgeordneten Dr. Grüber übergeben worden, hinsichtlich der er zusage, mit den dort aufgeführten Verbänden in den nächsten Tagen zu sprechen und die Obleute der Fraktionen über das Ergebnis zu unterrichten. Den Jewish World Congress habe man bereits angeschrieben. Er bitte jedoch darum, die Beratungen zu diesem Gesetz im Ausschuß abzuschließen, damit es am 1. Januar 1995 in Kraft treten könne.

Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE) geht sodann auf einen Vorschlag des **Abgeordneten Frechen (SPD)** ein, eventuelle Änderungswünsche im Plenum einzubringen und heute über den Gesetzentwurf abzustimmen.

Sodann beschließt der **Ausschuß** bei Enthaltung der Fraktion **DIE GRÜNEN** den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 11/7715 einstimmig.

4 "Verfalldatum" für Zuwendungen des Landes

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/6989
Vorlagen 11/3026, 11/3125, 11/3284 und 11/3503

Abgeordneter Britz (CDU) erinnert daran, daß die Landesregierung um Konkretisierung gebeten worden sei. Insbesondere habe der Finanzminister noch Stellung nehmen wollen, was nunmehr mit Vorlage 11/3503 erfolgt sei. Diese halte er in hohem Maße für zustimmungsfähig, jedoch erachte er die Aussage unter Punkt III in der Vorlage als unverbindlicher, als sie vor dem Ausschuß bereits gegeben worden sei. Staatssekretär Riotte habe in der letzten Sitzung zugesagt, sich dafür ein-



25. NOV. 1994

Büro des Vizepräsidenten Schmidt

Tob.Nr. ~~11/1433~~

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

4. Fröcklecke / H. Lange

Frakt. antrag

Postanschrift: Staatskanzlei NRW · 40190 Düsseldorf

Dienstgebäude und Lieferanschrift:

Mannesmannufer 1a, 40213 Düsseldorf

Telefon (0211) 837-01

Durchwahl (0211) 837-11321

Telefax (0211) 837-1150

Durchwahl (0211) 837-1150

Datum 23. Nov. 94

Aktenzeichen (bei Antwort bitte angeben)

III A 4

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Verwaltungsstrukturreform
Herrn Ulrich Schmidt MdL
Platz des Landtags 1

40002 Düsseldorf

Betr.: Antrag der Fraktion der CDU "Wachstumsbremsen in NRW be-
seitigen: Bürokratie abbauen" - Drucksache 11/6988

Bezug: Schreiben der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
vom 4.11.1994

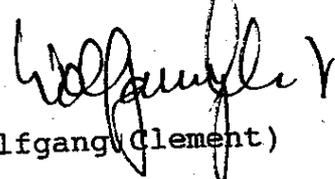
Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen hat mich mit obigem Schreiben darüber unterrichtet, daß der Ausschuß in bezug auf die Vorlage 11/3286 (Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 21.9.1994) um einen Bericht über den Verfahrensstand gebeten hat, und zwar

- hinsichtlich der Umsetzung der Vorschläge der Arbeitsgruppe "Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren",
- hinsichtlich der Beratung des vom Land Baden-Württemberg im Bundesrat eingebrachten Gesetzesantrages über den Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Beschleunigung und Vereinfachung der Anlagenzulassungsverfahren sowie
- bezüglich des Entschließungsantrags des Landes Nordrhein-Westfalen zum Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland durch Beschleunigung und Vereinfachung der Anlagenzulassungsverfahren.

Die Beratung des von Baden-Württemberg eingebrachten Gesetzesantrags und des darauf bezogenen Entschließungsantrags Nordrhein-Westfalens ist in der Sitzung des Bundesrates am 23. September 1994 vertagt worden. Mit einer Fortsetzung der Beratung und der abschließenden Entscheidung ist erst in der Bundesratssitzung am 16. Dezember 1994 zu rechnen. Da es auch im Interesse des Ausschusses liegen dürfte, daß das Beratungsergebnis des Bundesrats in den Bericht einbezogen wird, gehe ich von Ihrem Einverständnis aus, daß ich Ihnen den Bericht zu Beginn des kommenden Jahres zu-
leite.

Mit freundlichen Grüßen

Jhv 
(Wolfgang Clement)